

den unterst. Deutschland hat in diesen und diesen anderen Fragen gemeinsame Interessen mit Rußland, das aber zunächst einmal bedenken sollte, daß eine geordnete Rechtspflege im eigenen Lande die Voraussetzung internationaler Beziehungen ist.

Der Hinweis auf die geordnete Rechtspflege ist angelehnt an den Artikel des Staatsgerichtshofs in Berlin. Erst vor wenigen Tagen haben sowohl im Reichstag als im Landtag in Sachen der Parteien einstimmig die Beseitigung dieses politischen Kassengerichts gefordert, weil seine Praxis unhaltbar geworden. Ebenfalls kann der Hinweis auf die guten Beziehungen nur ein Vorbehalt hervortreten, wo sich Deutschland gerade anschickt, in die Kriegstraité gegen Rußland einzutreten.

Hunderttausend Unterschriften für Vollamnestie

Die vom Zentralrat der „Roten Hilfe“ eingeleitete Unterschriftenaktion für die sofortige Amnestierung aller politischen Gefangenen findet innerhalb der deutschen Arbeiterkassen ein lebhaftes Echo.

Bis zum 4. Juli sind in 16 Bezirksorganisationen der „Roten Hilfe“ insgesamt 124 000 Unterschriften gesammelt worden. Der Bezirk Halle-Merseburg hat allein 34 000 Unterschriften in wenigen Tagen gesammelt.

Die Reichsregierung beschließt die Amnestie immer weiter. Es ist deshalb eine ernste Pflicht der gesamten deutschen Arbeiterklasse, den Kampf für die Vollamnestie mit größtem Nachdruck zu führen.

Neben der Unterschriftenaktion, die ein Millionenbekanntnis der deutschen Arbeiter für die Beseitigung der politischen Gefangenen sein muß, gilt es, in Gewerkschaftsversammlungen, Betriebsversammlungen den unabweisbaren Willen der Arbeiterklasse für die Amnestie zum Ausdruck zu bringen. Delegationen, die aus allen politischen Richtungen der Arbeiterklasse zusammengesetzt sind, müssen in den Betrieben und Gewerkschaften gewirkt werden. Der Reichs- und den Landesregierungen muß durch den Massenaufruf der Arbeiterklasse zum Fernbleiben gebracht werden, daß die Arbeiterklasse sich weder durch leere Versprechungen noch durch eine Teilamnestie täuschen läßt!

Wahlrecht — aber nicht für Kommunisten

Wien, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldungen.) Die Wiener Polizei verhaftete den reichsdeutschen Genossen Werner Hirsch, der aus Deutschland vor den Verfolgungen der Klassenjustiz flüchten mußte. Genosse Hirsch ist in Wien politisch nicht mehr hervorgetreten, sondern nur seinem Lebensunterhalt nachgegangen. Seine Verhaftung und anschließende Auslieferung an die deutsche Justiz, von der er schwere Strafe zu erwarten hat, bedeutet eine neue Verhärtung des gegenüber Weisgardisten stets so angiltlich gehüteten Antirechts Vorkriegs.

Die Sozialdemokraten für die politischen Gefangenen — in Rußland

Durch die sozialdemokratische Frontpresse geht, in zum Teil großer Uebertreibung, die Wiedereröffnung einer Notiz aus der belgischen sozialdemokratischen Zeitung „Peuple“, in der behauptet wird, daß die Sowjetregierung beim Besuch Cho Zimmens in Rußland diesem „Potemtschine Dörfer“ gezeigt habe, um so außerhalb Rußlands einen „schändlichen Betrag“ über das „Sowjetparadies“ zu begeben.

In einem Offenen Brief bestreitet der Sozialrevolutionär Sok, mit Nimmern gesprochen zu haben. Die sozialdemokratische Presse knüpft an diesen Brief eine wüste Bege gegen Sowjetrußland, die um so deutlicher als die schwarz-weiß-sozialdemokratische Einheitsfront demonstriert, als Deutschland die Bereitschaft zeigt, sich in die internationale imperialistische Front gegen Rußland einzulagern. Selbstverständlich ist es, daß die sozialdemokratischen Zeitungen diese Gelegenheit benutzen, um für die „Erschiebung“ der Lage der gefangenen Sozialisten in Rußland“ einzutreten. Von einer Beseitigung der antihumanitären Sozialrevolutionäre wagt die SPD-Presse nicht mehr zu reden, da die deutsche Arbeiterklasse schon begriffen hat, daß sich das revolutionäre Rußland gegen alle seine Feinde — und mögen sie sich noch so laut „Sozialisten“ nennen — ankämpfen muß. Doch aber in Deutschland Tausende von Arbeitern in den Gefängnissen sitzen, und sehr oft auf Grund von Urteilen, an denen sozialdemokratische Richter mitgewirkt haben, das zu sagen und für deren Befreiung einzutreten „verzählt“ der sozialdemokratische Schmod. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich durch das Gekröse der sozialdemokratischen Führer nicht von ihrem Kampfe für die Befreiung ihrer gefangenen Brüder abhalten lassen dürfen.

Was nun das Verfahren vor dem Obersten Gericht in Moskau angeht, so wird die bürgerliche und sozialdemokratische deutsche Presse wieder vor der internationalen Öffentlichkeit, noch vor der Geschichte Erfolg haben. Wie die Presse selbst berichtet, ist der offizielle Verhandlungsbericht in Deutschland auch bei den amtlichen Stellen noch nicht eingetroffen. Aber man glaubt bereits auf Grund des offiziellen Berichts der Russischen Telegraphen-Agentur (Kassa), die oben erwähnten Mängel des Verfahrens rügen zu können. Es gehört Mut dazu, in einer Periode, in der die deutsche Justiz nur als Klassenjustiz, niemals aber nach dem Maßstab einer „Gerechtheit“ bestehen kann, jener ideologischen Erfindung, um der unterworfenen Klasse die Sprüche der herrschenden Klasse in einem höheren „überirdischen“ Rechte erscheinen zu lassen.

Geradezu grotesk wirkt die Entrüstung über die Ermahnung der deutschen Behörden in der Moskauer Verhandlung. Hat denn die deutsche Öffentlichkeit vergessen, daß die Berliner Polizei im Winter 1924 es für richtig gehalten hat, auf die Angaben des angeklagten Spießbüchlers hin in öffentlicher Bekanntmachung an den Risch-Kulen den gefangenen Wörder als Mitglied der „russischen Tscheka“ zu bezeichnen, obwohl sie nach einem Monat sich herausgenommen haben, daß die russische Regierung ihren öffentlichen Artum einzugestehen? Hat die bürgerliche und sozialdemokratische Presse keine Rolle davon genommen, daß die Antikommunisten gegen Felix Neumann und Genossen (sogenannter „Tscheka-Prozess“) einem Artikel der „Völkischer Times“ die — offensichtlich verleumdende — Angabe, es seien durch die „Tscheka“ in Rußland 1 856 118 Menschen hingerichtet worden, entnommen hat? Dak die Art, wie der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Richter von Sowjetrußland und seinen Einrichtungen wiederholt gesprochen hat, schließlich eine Erwiderung von offizieller russischer Seite finden würde, war nicht schwer vorauszuahnen. Die kommunistische Verteidigung hat auch ständig gegen diese offensichtlich unehrenhafte, teilsweise sogar verächtliche Behandlung eines befreundeten Staates protestiert.

Was nun die Behauptung angeht, die Anschuldigungen gegen die deutschen Studenten seien von der „Tscheka“ erdacht und konstruiert, so weisen wir nur darauf hin, daß sich im Freiburger Kommunistenprozeß Herbstler und Genossen der württembergische Junglehrer Köberle als ein von konterrevolutionären Organisationen und von der württembergischen Polizei in die KZD hineingeladener Spion bekannt hat und seine rührige Tätigkeit innerhalb der Partei vor dem Staatsgerichtshof damit einschuldigte, er habe sich das Vertrauen der Genossen erwerben wollen, um nach Moskau geschickt zu werden, wo er die „Kommunistische Internationale“ im großen Maßstab bekämpfen wollte.

Was nicht angebracht aber ist die Entrüstung des „Berliner Tageblatt“ über die Feststellung einer gemeinsamen Arbeit jener Studenten und ihrer Beschützer mit der Organisation Consul. Im Gegenteil, der Inhalt seines Artikels ist der beste Beweis für die erwähnte Zusammenarbeit. Angehörige der Organisation Consul verübten ein Attentat gegen die Berlin Walter Rathenau. Der Artikel des „Berliner Tageblattes“ von Dr. Ernst Jæber vom 3. Juli 1925 ist ein Attentat auf Rathenau beste politische Hinterlassenschaft, den Kapallo-Vertrag. Es zeigt die Ungeheuerlichkeit der Außenpolitik und das schlichte Gewissen der deutschen Bourgeoisie, daß sie zum Schutze erdapper verbrecherischer Abenteuer die öffentliche Meinung gegen die einseitige Grokmacht aufbebt, die den Schandvertrag von Versailles nicht unterschrieben hat.

Um das Leben der drei Faschisten

Gegen das Urteil des Moskauer Obersten Gerichts gegen die drei schändlichen Mordmörder läuft nach wie vor die gesamte deutsche Bourgeoisie Sturm. Das Reichskabinett wollte eigentlich gestern sich in einer Sitzung mit dem Moskauer Prozess beschäftigen, hat jedoch die Sitzung auf Mittwoch vertagt. Für den Beratenden Ausschuss tritt vor allen Dingen Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ in einem langen Leitartikel ein, in dem er diesen Faschisten als das harmloseste Kind hinstellt, das keiner Missetat etwas zuleide tun kann. Wolff sei ein „hebenswürdiges Wesen mit heiterem, gutem Kindergehalt.“ Denselben Ton der Verteidigung schlägt der Siehener Universitätsprofessor H. Wessler in der „Frankfurter Zeitung“ für Kindermann an. Er nennt ihn einen zarten, weisheitlichen Menschen, der jeder Gewalttätigkeit abhold, aber zu jedem Verbrechen stets bereit sei. Es waren wirklich liebenswürdige Faschisten, die mit Janfall, Dolch und Revolver nach Rußland fahren und sich rühmten, schon manchen Kommunisten weggeschossen zu haben.

Der Vater Kindermanns schreibt an verschiedene Blätter, daß die Schuld an dem Todesurteil die kommunistische Parteizentrale in Deutschland habe; er fordert die Staatsanwaltschaft auf, gegen die kommunistische Zentrale einzuschreiten.

Einige Blätter stellen die Behauptung auf, das Todesurteil sei nur ausgesprochen, um ein Austauschobjekt für den beim Tschekaprozess verurteilten Stodowski zu haben.

Die Sowjetregierung wird sich weder von den sentimentalen rühmlichen Redereien, noch von den Drohungen beeinflussen lassen; sie wird die drei Verbrecher nicht wieder nach Deutschland zurücklassen, sondern der gerechten Strafe zuführen.

Die „D.A.Z.“ macht Witze

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das Blatt der Schwerkraftströmer, schreibt von einer Herausforderung Deutschlands und bezeichnet das Urteil gegen die drei Faschisten als Hochverrat.

Dabei erlaubt sie sich den Wit, als Berater und Schützer Rußlands aufzutreten, indem sie schreibt:

Gerade jetzt macht England einen Vorstoß gegen die Exterritorialität der Sowjetdiplomaten, während Rußland China im Kampfe gegen die Exterritorialität der Japaner unterstützt.

Zweiter neue Korruptionseuthüllungen

Berlin, den 7. Juli. (Eigene Drahtmeldungen.) Der parlamentarische Ausschuss des Reichstages hat am Montag eine Sitzung ab, in der der Reichsbankpräsident Dr. Schacht außerordentlich detaillierte Aussagen über die Geschäftsmethoden der Seehandlung machte. Die Aussagen Schachts waren eine einzige Kompromittierung des früheren Staatsbankpräsidenten von Dombrowski. Schacht erklärte, daß im Herbst 1923 die Seehandlung den Umschwung im Finanzwesen nicht erkannt und nicht begriffen hat. Die Gewährung der Reichskredit an Kautler und Barmat seien volkswirtschaftlich nicht von Nutzen gewesen. Die SPD-Boyen behaupten heute noch das Gegenteil.

Weitere Zollfragen im handelspolitischen Ausschuss des Reichs

Berlin, 8. Juli. (Telegramm.) Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich heute mit den Tarifpositionen Steine, Erde und Glas. Unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge, die auf eine Ermäßigung oder völlige Beseitigung der betreffenden Zölle hinausgingen, wurden die genannten Positionen im wesentlichen nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage angenommen. Ein Vorschlag, die gelagerte Waare in Baulch und Bogen zu erleichtern, blieb auf entgegenstehenden Widerspruch der Linken. Es wurde jedoch beschlossen, die zukunftsweisenden Positionen zur gemeinsamen Beratung und Beschlußfassung zu stellen.

Störung der deutsch-französischen Handelsverhandlungen

Berlin, den 7. Juli. (Eigene Drahtmeldungen.) Nach rüster Meldungen sind die deutsch-französischen Verhandlungen abgebrochen. Eine Zusammenkunft wurde zwar noch vereinbart, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß die Verhandlungen längere Zeit ruhen werden. Damit tritt zwischen Deutschland und Frankreich ein vertragloser Zustand ein.

Zum Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Die Morgenblätter melden, daß mit dem Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auch die Prinzenverhandlungen zum Stillstand kommen könnten. Die „Deutsche diplomatische Korrespondenz“ verbreitet über die Unterbrechung der Verhandlungen eine Nachricht, in der es heißt: „Es dürfte angenommen werden, daß durch die Unterbrechung eingetretene trübselige Zustände bald wieder aufgehoben werden.“ Die Unterbrechung zeigt die Gegenläufigkeit der Imperialisten, die Schwierigkeit selbst der Siegerstaaten, mit den Befehlen zu einer Verständigung zu kommen. Die Leitenden bei dem Sturz der Imperialisten werden die Arbeiter sein.

Die Monarchistregierung bittet um gut Betriebe

Am 12. Juli wird die deutsche Hindenburg-Luther-Regierung eine Zehnnotnote nach Paris senden. Wie man erfährt, erlaubt die deutsche Regierung darin um Fortsetzung von Verhandlungen, um die Festlegung des Sicherheitspaktes auf einer internationalen Konferenz. Die Monarchistregierung versucht damit, die Unterwerfung zu verschleppen, um dem Drängen der monarchistischen Wähler etwas entgegenzukommen. Die Unterwerfung der Monarchisten wird dennoch erfolgen.

Berlin. (Kommunistische Interpellation zur Unterwerfungspolitik der Luther-Regierung.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation zur auswärtigen Politik der Stresemann-Regierung eingebracht:

1) Ist die Regierung bereit, sie durch die Antwort des Reichsausschusses auf das Stresemannsche Garanzienangebot geklärt werden Lage im Reichstag sofort Stellung zu nehmen?

2) Ist sie gewillt, auf die Note Frankreichs die einzige mögliche Antwort zu geben: Sofortige Zurückziehung des Stresemannschen Vorschlags?

3) Ist die Regierung ferner bereit, mitzuteilen, ob es sich um eine einheitliche Außenpolitik des Kabinetts Luther gibt?

Eine Rote Tschiffcherin an England

RTA. Moskau. Tschiffcherin erobert in einer Note an den britischen Geschäftsträger in Moskau Einbruch gegen die Befreiung des Vertreters des Kaphita-Gonbits der Sowjetunion in Hongkong. Dassel, durch die britischen Behörden und gegen dessen Auslieferung an ein gemeinsames Gericht in Shanghai. Tschiffcherin bezeichnet das Schriftstück, auf Grund dessen Tschiffcherin angeklagt wurde, als plumpe Fälschung. Er fordert die Niederlassung des Gerichtsverfahrens, Entlassung Dollers der Haft und behält sich Schadenersatzsprüche vor.

Ein gemeinsamer Vorstoß der Kapitalisten gegen Rußland

Wie wir schon einige Male mitteilen, hat sich die Lage zwischen England und Rußland derzeit zuspitzt, daß mit einem Abbruch der Beziehungen zu rechnen war. Angesichts der deutsch-französischen Verhandlungen scheinen die Engländer sich doch die Geschichte noch zu überlegen, sie versuchen, den Abbruch der Beziehungen zu vermeiden und dafür eine gemeinsame Aktion gegen Rußland vorzunehmen. Der „Manchester Guardian“ teilt amtlich mit, daß England nicht an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland denke, sondern daß eine gemeinsame Aktion von allen den Mächten, die sich von der Agitation der 3. Internationale bedroht fühlen, (Italien, Frankreich, Tschekoslowakei) unternommen werden soll. Die englische Regierung nehme mit den Regierungen Frankreichs, um Umfang und Charakter eines solchen gemeinsamen Schrittes in Moskau zu erwägen.

Zuspitzung der Lage in Marokko

Der Sieg Abd el Krim Nach Meldungen aus Marokko hat Abd el Krim das Zentrum der französischen Front durchbrochen und ist in den Rücken der Franzosen eingedrungen. Weiterhin erfährt man, daß auch an anderen Stellen die französische Front durchbrochen ist. Die Kiffahnen haben mit starken Kräften den Urghoff, der von den Franzosen seit zwei Monaten härtnässig verteidigt wurde, überschritten und eine Anzahl Dörfer erobert. In Paris herrscht eine sehr pessimistische Stimmung. Man versucht zwar, den Eindruck der Niederlage etwas zu vermindern, indem die Regierung erklärt, für Hes und Taza besteht keine Gefahr. Auf die Eingeborenen Marokkos hat das Vordringen der Kiffahnen außerordentlich gewirkt. Ein Teil der noch zu den Franzosen stehenden Stämme ist von diesen abgefallen und zum Teil zu Abd el Krim übergegangen. Nach einer letzten Meldung ist die Stadt Hes sehr bedroht. Mit dem Fall von Hes würden die Kiffahnen bis zur Küste vorgehen sein. Die Niederlage der Franzosen hat auch ihre Auswirkungen auf die Konferenz in Rabat, wo die Verhandlungen ins Stocken geraten. Die britische Regierung erklärt, daß ihre Interessen in Marokko nicht bedroht seien. Die Franzosen haben alle Hoffen.

Kindermanns Studien

